

Zivilschutz in Deutschland: Generation Z in der Krisenfalle!

Zivilschutz in Deutschland: Experten warnen vor Mängeln und fordern mehr Eigenverantwortung, besonders bei der Generation Z.



Deutschland - In Deutschland gibt es ernsthafte Defizite im Bereich des Zivilschutzes, wie der Generalleutnant a.D. Martin Schelleis und Bundesbeauftragter der Malteser für Krisenresilienz feststellt. Trotz der aktuellen Bedrohungen, einschließlich hybrider Kriegsführung durch Russland mit Hackerangriffen und Desinformationskampagnen, bleibt das Thema weitgehend im öffentlichen Bewusstsein vernachlässigt. Schelleis kritisiert die Bundesregierung scharf für ihre Untätigkeit und fordert eine stärkere Eigenverantwortung der Bürger sowie eine bessere Vorbereitung durch öffentliche Institutionen. Ein Malteser Ehrenamtsmonitor zeigt zudem, dass 75% der Deutschen die Bedeutung von Eigenvorsorge erkennen, jedoch nur 25% diese auch umsetzen. Die Nachbarländer wie

Schweden hingegen sind hier weiter und bieten Informationsbroschüren zur Krisenvorbereitung an.

Ein weiterer Schritt in der deutschen Sicherheitsstrategie könnte die Wiedereinführung einer Wehrpflicht sein.

Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius positionierte 2023 die Konzepte Kriegstüchtigkeit und Wehrhaftigkeit. Dies geschah in einer Zeit, in der die Diskussion um eine neue Wehrpflicht an Fahrt gewinnt, da auch die Generation Z zunehmend Interesse an sicherheitspolitischen Themen zeigt. Angst vor Krieg (81%) und sozialer Ungleichheit (63%) stehen dabei hoch im Kurs. Eine aktuelle Umfrage zeigte, dass die Bewerberzahlen bei der Bundeswehr von 2023 bis 2024 um 15% gestiegen sind.

Zivilschutz und Gesamtverteidigung

Um den Zivilschutz zu verbessern, betont Schelleis die Notwendigkeit eines Milliarden-Investitionsprogramms, das allerdings an Transparenz mangelt. Er fordert eine Weiterentwicklung der Gesamtverteidigung, die innere Sicherheit und Naturkatastrophen einbezieht. Die Diskussion über die Anzahl der öffentlichen Bunker wird geführt; Schelleis ist der Meinung, dass große Bunkieranlagen nicht mehr erforderlich sind. Der Fokus sollte vielmehr auf dem Schutz vor punktuellen Luftangriffen liegen, was den aktuellen militärischen Herausforderungen entgegenkommt.

Die angesprochene Neue Wehrdienst -Initiative beinhaltet eine freiwillige Teilnahme für junge Menschen ab 18 Jahren, die einen Fragebogen von der Bundeswehr ausfüllen sollen. Diese Reform orientiert sich am skandinavischen Modell und zielt darauf ab, jungen Menschen die Möglichkeit zu geben, der Gesellschaft etwas zurückzugeben. Diese Entwicklung ist vor dem Hintergrund einer drohenden Neuwahl 2025 und dem Erfordernis eines gesellschaftlichen Engagements von frischem Interesse.

Zusammenarbeit von zivilen und militärischen Organisationen

Schelleis betont die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit zwischen zivilen und militärischen Organisationen, um die vielfältigen Sicherheitsbedrohungen adäquat zu bewältigen. Die Herausforderungen, mit denen Deutschland konfrontiert ist, erfordern einen zeitlich definierten Gesellschaftsdienst, der allen Freiwilligen die Möglichkeit bietet, sich zu engagieren. Solche Initiativen können nicht nur bürgerliche Freiheiten schützen, sondern auch die Verteidigungsfähigkeit erhöhen und die gesellschaftliche Resilienz stärken.

In Anbetracht dieser Entwicklungen bleibt abzuwarten, wie sich die politischen Debatten weiter gestalten und ob Deutschland den notwendigen Schritt zur Stärkung seines Zivilschutzes und seiner Verteidigungsbereitschaft geht. Diese Anforderungen sind in Zeiten hybrider Kriegsführung und globaler Unsicherheiten wichtiger denn je. Weitere Informationen zu diesen Themen und den aktuellen Entwicklungen in der Bundeswehr finden sich unter [Bundeswehr Dossier](#).

Details	
Vorfall	Terrorismus
Ursache	hybride Kriegsführung, Hacker-Angriffe, Desinformationskampagnen
Ort	Deutschland
Quellen	• www.op-online.de • www.ethikundmilitaer.de • zms.bundeswehr.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.net